



Rubrik vom 24. September 2009

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Unterschriften sammeln ist bekanntlich ein hartes Geschäft. Die Passanten fühlen sich begreiflicherweise belästigt, wenn man ihnen einen Stapel Politwerbung in die Hände drückt, wenn sie eigentlich nur in den Migros wollen. Umso schöner werden uns unsere Standaktionen für unsere KMU-Entlastungsinitiative in Erinnerung bleiben: Wir hatten den Eindruck, bei den Leuten offene Türen einzurennen.

4'000 Unterschriften für KMU-Entlastungsinitiative komfortabel zusammengekommen

Offenbar hat es sich herumgesprochen oder viele haben es gar am eigenen Leibe erfahren: Wir haben viel zu viele Vorschriften. Nicht mehr die Freiheit ist die Regel, sondern das Bewilligungsprinzip. Es ist alles so dicht geregelt, dass einem die Lust vergehen kann, allen voran den Vereinen, die mit Freiwilligenarbeit ein paar Batzen für einen guten Zweck zusammen sammeln. Will der Frauenverein einen Stand aufstellen, braucht es eine Bewilligung. Will man zusätzlich Kaffee und Kuchen verkaufen, braucht es eine Zusatzbewilligung – selbstverständlich gebührenpflichtig. Wie Roger Tognella, Vorstand Quartierverein Schwamendingen, kürzlich am Radio verlauten liess, ist das Mass jetzt mehr als voll – es sei kaum mehr möglich, ein Quartierfest zu organisieren. Dabei müsste die Politik und die Verwaltung ein Interesse daran haben, dass die Freiwilligenarbeit weiterhin geleistet wird (notabene ohne Gebühren, nämlich gratis und franko).

Volksabstimmung voraussichtlich 2011

Vor einigen Jahren hat ein Stadtrat sich im Tagi mit dem bedenklichen Ausspruch «Gebühren können nicht hoch genug sein» zitieren lassen. Der Gewerbeverband und die KMU-Gruppe Gemeinderat kämpfen schon seit Jahren für bessere Zufahrts- und Liefermöglichkeiten, Umschlagplätze, zahlbare Parkkarten etc. Die Entrümpelung der Bürokratie ist uns dennoch nicht gelungen – zu wenige Parlamentarier und Beamte können sich den Arbeitsalltag des Durchschnittsbürgers realistisch vorstellen. Die komplizierten Verfahren erschweren die Eigeninitiative, die aktuelle Verkehrspolitik mit den kalkulierten Stautunden kostet Millionen. Dabei ist es die arbeitende Bevölkerung, die die Verwaltung finanziert!

Nun hoffen wir, dass der Stadt- und Gemeinderat ein Einsehen haben und möglichst bald die KMU-Initiative dem Volk zur Abstimmung vorlegen. Erst dann wird man systematisch den Paragrafenschungel durchforsten und beherzt alle Vorschriften streichen können, die viel kosten und wenig Ertrag bringen. Bürokratie geht uns alle an, denn eine schlanke Verwaltung sichert Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch